

Atomtransport

„Castor kommt nicht“

Niedersachsens sozialdemokratischer Innenminister Gerhard Glogowski, 53, über die Sicherung von Atomtransporten

SPIEGEL: In den süddeutschen Atomkraftwerken Gundremmingen und Neckarwestheim stehen drei beladene Spezialbehälter für den Abtransport von Atom Müll nach Niedersachsen bereit. Wann kommt der Castor?

Glogowski: Dieses Jahr wird es, anders als geplant, keinen Castor-Transport ins Zwischenlager nach Gorleben mehr geben. Uns stehen nicht ausreichend Polizeikräfte zur Sicherung solcher Atomtransporte zur Verfügung.

SPIEGEL: Kapitulieren Sie vor den Atomgegnern?

Glogowski: Wir sind verpflichtet, solche Transporte in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu sichern, und wir werden sie generell auch gegen die Angriffe radikaler und gewaltbereiter Atomgegner durchsetzen.

SPIEGEL: Die Gesellschaft für Nuklear-Service hält im Auftrag der Stromunternehmen am vorgesehenen Novembertermin zur Anlieferung fest.

Glogowski: Ich bin für die Sicherheit in ganz Niedersachsen verantwortlich. Da kann ich nicht für jeden Castor-Transport unsere gesamten Polizeikräfte bin-

den. Wir mußten bereits Polizeiwachen schließen und haben inzwischen über 330 Mannjahre Überstunden bei den Beamten, da wird es kritisch.

SPIEGEL: Sie beraten nächsten Monat auf der Innenministerkonferenz in Hamburg über den Beitrag der anderen Länderpolizeien.

Glogowski: Sowohl Hessen als jetzt auch Nordrhein-Westfalen wollen zukünftig keine Durchfahrt von Atomtransporten zulassen. Mit dem Bund wird schon über alternative Schienenverbindungen verhandelt. Wir können die schweren Castoren ja nicht mit dem Hubschrauber einfliegen.

SPIEGEL: Wie soll's also gehen?

Glogowski: Wir lassen momentan den Seeweg bis zu einem norddeutschen Hafen oder dem Elbe-Seiten-Kanal prüfen. Dann brauchen wir eine Bündelung von mindestens sechs Castoren, um den Sicherungsaufwand zu rechtfertigen. Der Steuerzahler kann nicht so ohne weiteres mit 50 Millionen Mark pro Castor-Transport belastet werden.

SPIEGEL: Die beladenen Castoren an den Kraftwerken sind, wenn sie bis zum Frühjahr stehen bleiben, rechtlich ungenehmigte Zwischenlager.

Glogowski: Gesetze sind Menschenwerk und veränderbar. Die Nuklearbetreiber haben doch gar keine Eile, weil die Castoren auch weitere 40 Jahre dort abkühlen können. Der kluge Staat provoziert nicht bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen wie in Gorleben.



Castor-Transport im Mai, Glogowski



AM RANDE

Berliner Lotto

Sie kommen, sie kommen nicht; sie kommen, sie kommen nicht ... Das Verwirrspiel um den Umzug der Bonner Politiker nach Berlin weist eine ähnliche Struktur auf wie die Frage, die den Berlinern am meisten Kopfzerbrechen macht: Kann Harald Juhnke auftreten oder kann er nicht ...

Doch während Juhnke unlängst fast nüchtern bei der Premiere von „Independence Day“ gesehen wurde, haben sich die Bonner etwas Neues einfallen lassen: Rund 100 Berliner Liegeschäften, die von den Alliierten aufgegeben wurden, sollen verlost werden – freilich nicht an die Berliner Obdachlosen, die derzeit noch von der Inneren Mission versorgt werden, sondern an das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, den Bundestag, den Bundesrechnungshof und die Bonner Ministerien, deren Angehörige nach Berlin umgesiedelt werden. Ein Einfall, der die Bonner Bürokratie ehrt, der kein Mensch so viel Unkonventionalität zugetraut hätte. Zwar werden auch Studienplätze verlost, und wer in den USA eine Green Card bekommen möchte, muß an einer Ziehung teilnehmen, doch ein Immobilienlotto ist eine echte Neuheit, ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu Gleichheit und Gerechtigkeit. Wo früher Beziehungen, Schmiergelder und geldwerte Vorteile die Verteilung knapper Güter regelten, entscheidet demnächst der Zufall nach seinen eigenen Regeln, Interventionen ausgeschlossen. Nun kommt es nur noch darauf an, die Maßnahme richtig zu organisieren.

Man könnte die Immobilien im Anschluß an die Ziehung der Lottozahlen verlosen, man könnte sie aber auch mit dem „Glücksrad“ auf Sat 1 koppeln, was einen erheblich höheren Unterhaltungswert sichern würde.

Wenn Maren Gilzer am Ende der Sendung ausruft: „Die Villa des britischen Stadtkommandanten geht an das Bundesministerium für Umweltschutz!“, werden nicht nur die Zuschauer im Studio jubeln, auch die Bonner Ministerialbürokraten werden erkennen, daß die Welt hinter dem Siebengebirge nicht aufhört, und sich freiwillig nach Berlin melden.

Die Verlierer der Ziehung bekommen Freikarten für den „Hauptmann von Köpenick“ mit Harald Juhnke. Fällt die Vorstellung aus, dürfen sie an der Tombola beim nächsten Sommerfest des Bundeskanzlers in Bonn teilnehmen.

Extremisten

Graue Wölfe in die CDU

Anhänger der rechtsextremen Türkennationalistischen Organisation „Graue Wölfe“, die in der Bundesrepublik leben, sollen hier „Mitglieder der politischen Parteien“ werden und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Dazu hat jetzt der Oberwolf und „Führer“ der Nationalistischen Bewegung (MHP), Alparslan Türkeş, seine Gefolgsleute aufgefor-

dert. Auf einem Kongreß der MHP-nahen Almanya Türk-Federasyon Anfang Oktober in der Essener Gruga-Halle verlangte Türkeş von seinen Landsleuten, auch als deutsche Staatsbürger weiterhin den türkischen Nationalismus zu verfechten. Führende Funktionäre der Grauen Wölfe wollen jetzt ihre Mitkämpfer drängen, vor allem in die CDU einzutreten: Extreme Rechtsparteien wie NPD und Republikaner seien „zu einflußlos und zu negativ gegenüber Türken eingestellt“.